

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 42

Donnerstag, den 19. Februar 1920

11. Jahrgang

## Reginald Towers Danziger Absichten.

### Reginald Towers Programm.

Der Freistaat Danzig ist das ureigenste Gebilde der Gewaltfriedensdiktatoren von Versailles. Danzig war seit seiner Entstehung stets eine deutsche Stadt und hat seinen deutschen Charakter auch bewahrt, als es für mehrere Jahrhunderte mit Polen in politischer Gemeinschaft, aber als selbständiges Staatswesen, lebte. Die polnische Bevölkerung in Danzig beträgt zurzeit 5 bis 8 Prozent. Als der Weltkrieg Polen wieder zur staatlichen Selbständigkeit verhalf, war es auch jedem einsichtigen Deutschen klar, daß der neue Staat für seine Ein- und Ausfuhr einen Hafen haben mußte. Aus diesem Grunde war Deutschland bereit, den Polen in Danzig weitgehendste Zugeständnisse zu machen und ihrem Handel alle möglichen Erleichterungen zu gewähren. Der Gewaltwille der Entente hat jedoch entschieden, daß Danzig vom deutschen Reich getrennt wird und einen selbständigen Freistaat bildet. Dieser Freistaat ist eines der kleinsten Staatsgebilde Europas. Sein Boden bringt nicht soviel an landwirtschaftlichen Erzeugnissen hervor, um die Bevölkerung selbst zu ernähren. Handel und Industrie leiden noch furchtbar unter den Nachwirkungen des Weltkrieges. Die Kohlenknappheit ist so groß, daß lebenswichtige Betriebe oft für den nächsten Tag nicht den genügenden Kohlenvorrat haben. Dazu der ungeheure Mangel an Lebensmitteln, unter dem besonders die werktätige Bevölkerung leidet, der es unmöglich ist, die hohen Schleichhandelspreise zu bezahlen. Tausende von Arbeitslosen bevölkern die Straßen der Stadt und verurfachen der Gemeinde große Ausgaben an Unterstützung. So sieht, in den größten Zügen geschildert, das wirtschaftliche Leben im neu gegründeten Freistaat aus. Der von der Entente bezw. vom Völkerbund eingesetzte Oberkommissar hat hier eine große Aufgabe zu erfüllen. Sir Reginald Towers übt nun seit mehr als acht Tagen dieses verantwortungsvollen und für die Danziger Bevölkerung so überaus wichtigen Amtes aus. Leider haben wir bisher nicht wahrgenommen, daß sich von seiner Tätigkeit eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse für die Danziger Bevölkerung ergeben läßt. Der Oberkommissar ist bisher mit einer Kundgebung an die Danziger Bevölkerung herantreten, in der jedoch nichts Bestimmtes enthalten war. Gestern mittag hatte er die Vertreter der Presse zu einer Besprechung geladen, in der er sich über seine Tätigkeit als Oberkommissar des Völkerbundes näher ausließ. Er sei nur ausführendes Organ des Völkerbundes und seine Hauptaufgabe bestehe darin, vorkommende Streitfälle zwischen Deutschen und Polen zu schlichten. Er hoffe jedoch, daß solche eine Tätigkeit bald nicht mehr notwendig sein würde. Polen und Deutsche müßten erkennen, daß sie hier aufeinander angewiesen sind. Wenn Danzig auch nicht zu Polen gehöre, so sei es jedoch als Hafenplatz für Polen notwendig. Die Bevölkerung Danzigs müsse sich daran gewöhnen, kosmopolitisch zu sein. Als Handelsstadt würde Danzig einen gewaltigen Aufschwung nehmen. Daran zum Wohle der ganzen Bürgerschaft mitzuarbeiten, sei seine Aufgabe. Er hoffe, sich bald ganz als Danziger Bürger fühlen zu können und erwarte freundliche Mitarbeit von Seiten der ganzen Bürgerschaft.

Dieses einseitige und ganz und gar nicht positive Programm erregte bei den Pressevertretern große Enttäuschung, sodaß einige ergänzende Anfragen an den Oberkommissar richteten. Das Danziger Wirtschaftsleben ist zurzeit besonders schwer gefährdet durch den Aufkauf aller notwendigen Gebrauchsgegenstände durch die Ententebesatzung und deren Angehörige. Der Oberkommissar erwiderte, daß es der Kaufmannschaft ganz gleich sei, wer die Waren kaufe. Sollte der Fall eintreten, daß die Vorräte ausverkauft wären, so würde der Handel schon für die Heranschaffung neuer Waren sorgen.

So einfach und oberflächlich wie Sir Reginald Towers die Dinge ansieht, liegen dieselben nicht. Es ist leider eine bittere und von uns schon jetzt schwer genug empfundene Selbstverständlichkeit, daß neue Waren nicht in genügender Menge hereinkommen. Für Deutschland ist Danzig jetzt ein Auslandsgebiet, und Deutschland hat große Not, um bei dem Kohlenmangel für seine eigene Bevölkerung die notwendigen Waren zu erzeugen. Eine Einfuhr deutscher Waren nach Danzig wird aber auch durch die Eisenbahnschikanen im polnischen Korridor und die jetzt geltenden Zollbestimmungen aufs höchste erschwert. Auf eine Einfuhr aus Polen ist bei der unentwickelten polnischen Industrie nicht zu rechnen. Auch wird der Freistaat von Polen aus politischen Gründen boykottiert, was wir daran sehen, daß man sogar vor der

Verweigerung der Kartoffel- und Milchlieferung nicht zurückschreckt. Die Waren aus den Ententeländern aber würden wegen des schlechten Valutastandes der Danziger Bevölkerung sehr teuer zu stehen kommen. Der Warenaustausch durch die fremden Gäste wirkt daher einzig nach der Richtung, daß die Preise noch ungeheurerlicher anziehen und uns lebensnotwendige und kulturell wertvolle Güter entzieht. Wir bestreiten überhaupt, daß diese Ausnutzung des Valutauunterschiedes die normale Bezeichnung „Kauf“ verdient. Wir können deshalb nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß Sir Reginald Towers sein Amt nicht nur als Repräsentant des Völkerbundes und als Schlichter auffassen möge. Gerade im Interesse der Danziger Bürgerschaft, deren Wohlstand er ja in kurzer Zeit zu werden hofft, müßte er vor allem dem Ausverkauf Danzigs durch die Ententetruppen einen Riegel vorschieben. So groß ist der Warenmangel in England wohl nicht, daß sich die Engländer auf Kosten der notleidenden Danziger Bevölkerung hier billig mit Gebrauchsgegenständen versorgen. Dann aber müßte der Oberkommissar auch dafür Sorge tragen, daß der Danziger Industrie so schnell als möglich Kohlen und Rohmaterialien zugeführt werden. Ferner müßte in größtmöglicher Weise die Versorgung der Danziger minderbemittelten Bevölkerung mit Brennstoff, Kleidung und Lebensmitteln, die in den Ententeländern doch in viel größerer Maße als hier vorhanden sind, zu wirtschaftlich erträglichen Preisen organisiert werden.

Auch in der Frage der Grenzfestlegung für den Freistaat nimmt der Oberkommissar einen Standpunkt ein, der durchaus nicht den Lebensnotwendigkeiten Danzigs entspricht. Nach seiner Meinung habe die augenblicklich im Freistaat tätige Grenzfestlegungskommission nur technische Aufgaben zu erfüllen. Eine Revision der Grenzen könne sie nicht vornehmen. Das sei Aufgabe des Obersten Rates in Paris. Bei dieser Gelegenheit wies der Oberkommissar darauf hin, daß bei der Festlegung der Grenzen für den Freistaat Danzig von Paris aus naturgemäß allerlei Mängel vorgekommen seien. — Um so eher und nachdrücklicher müßte Towers für eine Revision der Freistaatargenzen wirken. Wir haben nämlich auf die militärische Festlegung der Grenzen bei Dirschau, Oliva und Hela hingewiesen. Soll der Freistaat nicht dauernd ein kümmerliches Dasein führen, so ist wenigstens an diesen drei Stellen eine Erweiterung der Grenzen notwendig. Mit unserem Vorschlag haben wir uns auf das allernotwendigste beschränkt, weil wir glaubten, den Oberkommissar dadurch am sichersten zu überzeugen. Die dauernde Sicherung der Ernährung Danzigs zwingt zu ganz anderen Forderungen. Wir schlagen sie nicht selber vor, weil wir voraussehen, daß der Oberkommissar diese Wege selber beschreiten würde, um Danzig nicht dauernd wegen der Ernährung zum Spielball der verschiedenen Mächte werden zu lassen. Um so mehr sind wir von seinem in der Besprechung eingenommenen Standpunkt überrascht, nachdem er sogar die rein technisch gebotenen Maßnahmen zur Sicherung der Weichselmündung und des Danziger Hafens für nicht erfüllbar hält. Will Sir Reginald Towers wirklich das Glück der Danziger Bevölkerung, wie er sich bildlich schon ausdrückte, so müßte er mit allem Nachdruck bei den Machthabern in Paris in diesem Sinne vorstellig werden.

Von unserm Mitarbeiter wurde ferner die Frage des Schicksals der Danziger Staatsbetriebe angeschnitten, die nach dem Friedensvertrag vom Völkerbund an Danzig und Polen verteilt werden sollen. Der Oberkommissar erklärte, daß er auch hierüber noch keine bestimmte Auskunft geben könne, da ihm bisher noch nicht ein Verzeichnis über den ehemaligen Besitz des deutschen Reiches in Danzig zugegangen sei. Wir möchten bei dieser Gelegenheit mit besonderem Nachdruck betonen, daß die Danziger werktätige Bevölkerung ein großes Interesse daran hat, daß die ehemaligen Staatsbetriebe dem Freistaat verbleiben. Man kann es der Danziger Arbeiterschaft wirklich nicht zumuten, daß sie in Betrieben eines fremden Staates arbeiten sollen, auf dessen wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzgebung sie nicht den geringsten Einfluß haben.

Die Aussprache hatte damit in der Hauptsache ihr Ende erreicht. Hoffentlich läßt man der neue Oberkommissar, der sich durch seine Erklärung durchaus nicht als Engländer, sondern als Danziger Bürger fühlen will, sein Amt auch in der von uns angebotenen Art aus. Danzigs Bevölkerung hat nicht den Wunsch gehabt, von der deutschen Republik getrennt zu werden und einen eigenen Freistaat zu gründen. Nachdem letzteres aber durch das Nachwort der Sieger geschehen ist, muß die Entente auch dafür Sorge tragen, daß der neue Freistaat nicht nur ein Scheinwesen führt. Mit einigen nichtsagenden Reden und prunkenden Militärparaden ist uns nicht gedient. Oberkommissar Towers wird also sein Programm bedeutend erweitern müssen, wenn er hier nicht nur als Vertreter der Sieger von Versailles betrachtet werden will.

Bei allem Wohlwollen, mit dem wir entschlossen sind, die amtlichen Wege Reginald Towers zu beurteilen, müssen wir hier offen erklären, daß sein erstes öffentliches Auftreten uns eine große Enttäuschung gebracht hat.

### Die Polen wollen Danzig nehmen.

Wie die polnische Telegraphenagentur meldet, wurde in der Landtagsitzung am 4. Februar auf Antrag des Abgeordneten Koffel der Bau eines Hafens, „der unabhängig von Danzig ist“, beschlossen; zur Urbarmachung des acht Millionen Morgen großen Brachlandes wurde eine Milliarde Mark bewilligt. Als der Landtagsmarschall Trampczynski äußerte: „Wir haben das Meeresufer, aber wir haben nicht Danzig erhalten“ erhob der Zuzuf: „Wir werden es uns nehmen“.

Es ist immer gut, wenn man rechtzeitig erfährt, was gute Freunde und getreue Nachbarn beabsichtigen. Wir hielten es schon für keinen Zufall, als General Haller an der polnischen Meeresküste in Puzig teilnahm. Er beschränkte sich nicht auf die bloße Anwesenheit als militärischer Befehlshaber. Als die polnische Fahne in der See aufgefahnt war, griff Haller selber aktiv in die Feier ein. Er warf einen goldenen Ring in die Ostsee zum Zeichen der Vermählung „des polnischen Meeres“ mit Polen.

Die gleiche symbolische Handlung beging man alljährlich in Venedig, als diese einstige Königin der Adria auf der Höhe ihrer stolzen Macht stand. Die einfache Nachahmung solcher Keuherlichkeiten gibt aber noch lange nicht die gleiche Macht. Das mußte auch schon der stolze Persefönig Xerxes erfahren, als er die wilden Wogen des Hellespont durch eiserne Ketten bändigen wollte. Goldene Ringe und eiserne Ketten sind der Gewalt des Meeres und gar des Schicksals gegenüber eben machtlos.

### Rußlands Wiederaufbau.

Die „Pravda“-Moskau meldet den B. N. zufolge: Der Sowjet der Arbeiter- und Bauernrat ordnete an, daß alle Kräfte und Mittel der zweiten Armee der Republik der Verbesserung des Eisenbahnbetriebes im Abschnitt der südöstlichen Bahnen gewidmet werden. Diese Bahnen haben für Sowjetrußland eine große Bedeutung. Auf ihnen werden Getreide, Fleisch, Fische, Petroleum und andere Produkte transportiert werden können. Die Instandsetzung dieser Bahnen ist eine dringende Aufgabe der zweiten Armee. Ebenso wird die Siebente Armee in Petersburg, welche die Hauptstadt gegen Judenisch verteidigt hat, in der Petersburger Arbeiterrevolutionarmee verwandelt werden. Sie wird Brennmaterial, Torf und Schieferplatten in die Hauptstadt befördern.

### Churchill für Verständigung mit Deutschland.

Amsterdam, 18. Febr. (W. T. N.) Wie die englischen Blätter am 18. Februar melden, sagte Churchill in seiner Rede in Dundee: Unser Interesse war es, in Rußland eine Regierung zu finden, die sich nicht in die Hände der Deutschen begeben würde. Das haben wir versucht. Es liegt im Interesse Englands, daß Deutschland nicht in die Arme Rußlands getrieben wird. Deshalb muß England alles tun, um der gegenwärtigen deutschen Regierung weiterzugeben.

### Die Aufteilung Afrikas.

Genf. (T. N.) Dem französischen Parlament ist, einer Meldung der „Frankfurter Ztg.“ gemäß, eine Regierungsvorlage zugegangen, betr. die Kasifizierung eines französisch-englischen Abkommens über die endgültige Abgrenzung der französischen Besitzungen in Äquatorial-Afrika und der englischen Besitzungen im oberen Nil. Die Gegend von Dar-Farabek dem englischen Paffur zugeteilt.

### Türkische Erfolge in Mesopotamien.

Bagdad, 18. Febr. In London sind Meldungen eingetroffen, wonach die türkischen Streitkräfte Mustafa Kemal in der Gegend von Jotum die Armenier angegriffen haben und jetzt gegen Bagdad vordringen. Bisher seien 7000 tote und Verwundete zu verzeichnen.

### Wieder ein französisches Todesurteil wegen Spionage.

Vom ersten Kriegsgerichtsrat in Amiens wurde die 28-jährige Näherin Therese Geny von Gibet, genannt „Die Pariserin“, wegen Spionage in deutschen Diensten zu Antwerpen und Charleroi zum Tode verurteilt.

### Italien beginnt erneut zu rationieren.

Mailand, 17. Febr. Nach „Avanti“ beschloß der Ministerrat die Wiedereinführung der Rationierung der notwendigen Lebensmittel und Kohlen.

# Ungarns Kommunismus.

Ein ungarischer Parteigenosse schreibt:

In Ungarn herrscht „Kathakalom“. Wir Ungarn nennen es, wenn wir deutsch sprechen, die organisierte Brachialgewalt. In Deutschland nennt man es wohl den weißen Schrecken. „Kathakalom“ ist eine im wesentlichen von Offizieren der alten Armee beherrschte Organisation. Etwa 35 000 dieser Offiziere sind in ihrem Dienst tätig. Sie besitzen hohe Gehälter, aber nicht direkt vom Staat, sondern durch Steuern, die sie von den Kapitalisten erheben, und aus den Zöllen, deren sie sich bemächtigt haben. An der Spitze stehen General Horty und der Kriegsminister Friedrich „Kathakalom“ regiert Ungarn. „Kathakalom“ hat auch die Wahlen gemacht, die, was unter diesen Umständen nicht verwunderlich ist, mit einem erdrückenden Sieg der Bauernpartei und der Christlich-Nationalen endeten. Die gewählten Abgeordneten sind nichts anderes als die Gesöpfe und die millionen Puppen dieser militärischen Reaktion.

Nach dem Sturz der kommunistischen Regierung kam, wie bekannt, die sogenannte Koalitionsregierung zustande, die auf Geheiß der Entente gebildet wurde und zunächst alle Parteien, auch die sozialdemokratische, umschloß. Heute ist der Kommunismus in Ungarn so gut wie ausgestorben, die Arbeiter sind durch die furchtbaren Erfahrungen, die sie machen mußten, belehrt. Es gibt nur noch eine sozialdemokratische Partei, die sich auf die Gewerkschaften stützt.

Das kommunistische Regiment erscheint im Vergleich mit dem gegenwärtigen beinahe unblutig. Den Boden in der Arbeiterschaft hat es nicht so sehr durch seine Gewalttätigkeit verloren wie durch seine unmöglichen wirtschaftlichen Experimente. Infolge der über Hals und Kopf vorgenommenen „Kollektalisierungen“ sanken die Löhne immer mehr nach dem Nullpunkt, während die Löhne schwindende Höhe erreichten. Es ist berechnet worden, daß schließlich die Herstellung eines jeden Ziegelsteins dem Staat einen Zuschuß von einer Krone gekostet hat!

Als der kurze Traum zu Ende war, die Koalitionsregierung sich gebildet hatte, setzten die Verfolgungen der Kommunisten ein. Die Partei, vertreten durch den Genossen Peyer, blieb zunächst in der Regierung, in der Hoffnung, diesen Verfolgungen ein Ziel setzen zu können. Die Hoffnung war vergeblich. Die Verfolgungen nahmen einen maßlosen Umfang an, und als es keine Kommunisten mehr zu verfolgen gab, wandte sich die ganze Wut der uniformierten Befehlshaber gegen die Sozialdemokraten. Heute schmachten Tausende guter Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, die nie etwas mit Kommunismus zu tun hatten, in den Konzentrationslagern. Hunderte von ihnen sind hingeschlachtet. Hunderte von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären schlafen seit Monaten nicht mehr in ihren Wohnungen, sondern haben an den verschiedensten Orten Schlafstellen, die sie unaufrührlich wechseln, um der Verhaftung zu entgehen.

Es ist nicht das Gefängnis, das diese Genossen fürchten, aber es sind die entsetzlichen Schläge, mit denen eine Gefängnishaft in Ungarn heute beinahe regelmäßig verbunden ist. Und bei den bloßen Schlägen bleibt es auch nicht immer; daß die Gefangenen von militärischen Rotten aus ihren Zellen geholt und ohne Urteil und Befehl geißelt werden, ist nichts Seltenes. Besonders berüchtigt ist der Fall von Regszem, wo 30 Gefangene in den Wald geführt, zum Teil erschossen, und zum Teil mit Gewehrstoßen erschlagen wurden. Unter ihnen befanden sich im bürgerlichen Leben wohlbekannte Persönlichkeiten wie der Fabrikdirektor Neubauer und der Professor von der Rechtsakademie Budai. Männer, die mit kommunistischen Bestrebungen gar nichts zu tun hatten.

Hand in Hand mit diesen blutigen Sozialistenerfolgungen geht eine schreckliche Judenbeize. Juden oder jüdisch aussehende Personen trauen sich nach Einbruch der Dämmerung nicht mehr auf die Straßen, weil sie sonst schwerer Mißhandlungen gewärtig sein müssen. Berühmt geworden ist der Fall eines Arztes und Geburtshelfers, der in der Nacht zu einer Wöchnerin gerufen wurde. Er wurde aus seinem Wagen herausgeholt und schrecklich zugerichtet. Trotz seiner Verletzung setzte der Arzt seine Fahrt fort und leitete der Wöchnerin glücklichen Beistand.

Wie unter solchen Umständen die Wahlen vom 25. Januar zustande kamen, kann man sich leicht vorstellen. Oder vielmehr der Bestenwähler kann es sich vielleicht doch nicht ganz vorstellen, wie diese Wahlen gemacht worden sind! Jeder Versuch, eine sozialdemokratische Versammlung abzuhalten, wurde ohne Recht gewaltsam unterdrückt, jeder sozialdemokratische Kandidat mißhandelt, jeder Verbreiter sozialdemokratischer Wahlkreise verhaftet. Als der Minister Genosse Peyer eintrat, daß sein Einfluß nicht mehr ausreichte, auch nur das Schlimmste zu verhindern, trat er zurück, und nun war für „Kathakalom“ die Bahn vollständig frei.

Da das ungarische Gesetz Wahlpflicht vorseht, war es der Partei nicht einmal möglich, zum Protest gegen diese Unterdrückung die Wahlenthaltung zu proklamieren. Man gab also, soweit man sich mit den Genossen überhaupt verständigen konnte, die Parole aus, die sozialdemokratischen Wähler sollten zwar die ihnen aufgebrachten reaktionären Stimmentafeln annehmen, sie jedoch durch Durchstreichung des Namens ungültig machen. So kam es, daß in verschiedenen Wahlkreisen die Mehrheit aller abgegebenen Stimmentafeln ungültig war — und der reaktionäre Kandidat war glänzend gewählt!

Das Leben der städtischen Bevölkerung ist unbehaglich, das Wirtschaftsleben noch so gut wie vollständig, und der Staat zahlt keinerlei Erwerbslosenunterstützung. Von den die Menschen überhaupt leben, ist ein ungeheures Käse. In vielen Fällen wandert ein Stück des Hausraums nach dem anderen aus dem Hause, um zu Geld gemacht und gegen die notwendigsten Lebensmittel ausgetauscht zu werden. Die Masse der Arbeiter ist aber angesichts dieser Zustände in eine fast völlige Apathie verfallen. Die Partei ist lahmgelegt, ihre Mittel sind erschöpft. Einigenmaßen leistungsfähig sind noch die Gewerkschaften geblieben, die von August bis Dezember 34 Millionen Kronen an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt haben. Jetzt aber geht „Kathakalom“ auch gegen die Gewerkschaften mit aller Macht vor. Das Ziel ist, sie vollständig zu vernichten und ihr Vermögen in die Hände der reaktionären christlich-sozialen Organisationen zu spielen. Wenn dies gelänge, so würde das für absehbare Zeit das Ende jeder Arbeiterbewegung in Ungarn bedeuten.

Das Ziel der militärischen Reaktion ist die Wiedererrichtung der habsburgischen Monarchie. Ueber den und Ingefallen, die sein Habsburger-Reich als Kaiser wünschen, haben es erreicht, daß die Entente einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Jetzt spekuliert man auf einen englischen Prinzen, aber man traut auch dem General Horty, einem alten 1. und 2. General, der ohne jedes politisches Verstandnis ist, den Thron zu, selber den Diktator Ungarns zu spielen.

Und noch in einer anderen Richtung ist die Intente „Kathakalom“ unbehaglich geworden: denn sie will Ungarn nur eine Armee von 35 000 Mann gestatten, monon nur 1850 Offiziere sein dürfen. 82 000 Offiziere würden dadurch hantlos werden. Diese Ermäßigung spielt für viele in ihrem Verhältnis zur Entente eine größere Rolle als die Zertrümmerung Ungarns.

So stehen die Dinge jetzt bei uns, und mit Besorgnis blicken wir ungarischen Sozialdemokraten auf Deutschland. Wenn wir uns erlauben dürfen, aus unseren Erfahrungen heraus den deutschen Genossen einen Rat zu geben, so ist es der, daß sie das Ruder nicht aus der Hand geben sollen. Die Folgen könnten, trotz aller Unterschiede der ungarländischen und der deutschen Verhältnisse, furchtbar sein. Denn wir Ungarn haben es erfahren, was die militaristische Reaktion und der weiße Schrecken wirklich bedeuten. Ein „Regiment Roste“ würden wir uns gern gefallen lassen, aber mit leben unter dem Regiment Horty, unter der Schreckensherrschaft von „Kathakalom“. Mögen die entsetzlichen Erfahrungen, die wir hier machen müssen, seit der rote Terror durch den weißen abgelöst ist, wenigstens den einen Wert haben, daß sie den Arbeitern und Genossen in anderen Ländern als Lehre und Warnung dienen!

## Danzig Polens Beute.

Trotz der scheinbar endgültigen Gestaltung der Verhältnisse Danzigs drängt ein bestimmter Teil der polnischen Presse noch immer, daß Danzig doch dem polnischen Staat ausgeliefert werden soll. Auf welche Kräfte man dabei rechnet, geht daraus hervor, daß man dabei hantlos mit Vorliebe französische Artikel gegen Englands Stellungnahme auspielt. So schreibt die in Strassburg in Westpreußen erscheinende „Gazeta Brodnicka“ am 3. Februar unter dem stark aufgetragenen Titel „Wenn Danzig nicht polnisch wird, hat die Entente den Krieg verloren“ ein französisches Diktat folgend so nach:

„Charles Rivet veröffentlicht im Pariser „Lemps“ einen Artikel über Polen, der von allen Auffagen, die bisher über das geschädigte Polen geschrieben worden sind, der interessanteste und heftigste sein dürfte.“

Herr Rivet schreibt:

„Dadurch, daß Danzig nicht restlos an Polen gefallen ist, verliert am meisten Danzig selbst. Als polnische Importstadt hätte es seinen Handel zehnfach vergrößern können. Danzig als freie Stadt — kann nicht bestehen und muß eine sichere Stütze suchen. Es wird sich an Deutschland anzuschließen suchen, und so hat die Entente durch die ungerechte Lösung des Danziger Problems etwas geschaffen, was ihr in Zukunft recht fatal sein wird, da sie den Deutschen freie Bahn zur Beeinflussung (Beherrschung) des polnischen Staates gelassen hat, zumal die Weichsel, diese rein polnische Schlagader des Ostens, nur zum offensichtlichen Vorteil unserer Feinde internationalisiert worden ist. Durch diese Ungerechtigkeit hat man den Raub Friedrichs II. sanktioniert, indem dem Dieb gestattet worden ist, das gestohlene Gut zu behalten. Der Freistaat Danzig, der an Ostpreußen grenzt, öffnet zudem den Deutschen den Weg nach Rußland und schafft eine unmittelbare deutsch-russische Grenze. Die Entente hat sich auch noch insofern Ungelegenheiten bereitet, daß sie Polen nach Osten gedrängt hat: Polen ist nunmehr gezwungen, sich einen Zugang zur See entweder in Memel oder in Albau zu suchen. Ich schließe mich den nächstern Stimmen der „Londoner Times“ und „Morning Post“ an, die sich dahin geäußert haben, daß die Entente den Krieg verloren habe, sofern Danzig bei Preußen verbleibt. Es ist vollkommen richtig, was jeder einzelne Pole sagt: die Danziger Frage sei noch immer offen.“

Die Deutschen bezeichnen Danzig systematisch, und ein englischer Reporter schreibt mit der Bemerkung: Die Polen werden bei der Uebernahme längs des ganzen Hafens eine derartige Vermischung vorfinden, daß es ihnen unmöglich sein wird, das Ausladen und Lagern von Gütern, sowie die Schiffahrt zu gewährleisten. Man wird kahle Mauern vorfinden.“

Wir halten die Engländer und vor allem auch den englischen Oberkommandant Danzigs mindestens für so luge Beute, daß sie ihre Politik nicht nach Warschauer Rezepten, die in Paris nur journalistisch abgestempelt werden, richten werden. Was der „Lemps“-Pole von Danzig und den deutschen Absichten versteht, beweist deutlich genug seine tölpelhafte Denkmäler über die Verwüftung des Danziger Hafens durch die Deutschen. So gern er sie wahrheitslieblich gesehen hätte, so wenig konnten ihm die Deutschen diesen Liebesdienst erweisen. Die gleiche Sachkenntnis, die er hierbei verrät, zeichnet das ganze Material aus, das auf dem brutalen Standpunkt steht, daß Diktator und Volksteile wie Hammeherden verächtlich werden müssen. Auf die Weite werden Sympathien für Polen in Danzig gewiß nicht gemacht werden.

## Deutschland.

### Das Gerichtsverfahren gegen die Kriegsverbrecher.

Der Oberreichsanwalt am Reichsgericht in Leipzig, Zweigert, äußerte sich einem Vertreter der Presse gegenüber über die bevorstehenden Prozesse gemäß § 228 des Friedensvertrages folgendermaßen:

Bezugnehmend auf die Entschädigung des Kabinetts über die Annahme des Ententekorrespondenzen (an deren Annahme trotz der grundsätzlichen Aufrechterhaltung des § 228 mit dem Auslieferungsgesetz der Militärtribunale wohl kaum zu zweifeln ist) nach abzuwarten ist, ehe das Reichsgericht bezw. die Reichsanwaltschaft mit der Verfolgung der Beschuldigten beginnt, stehen doch schon gewisse Schwierigkeiten. Diese sind durch das Gesetz vom 18. Dezember 1919 betreffend Verfolgung von Kriegsvergehen und -verbrechen gegeben. Darin wird bereits ein Senat des Reichsgerichts als erkennende richterliche Behörde festgesetzt und die Reichsanwaltschaft grundsätzlich mit den Funktionen der Staatsanwaltschaft betraut. Im Rahmen dieses vielleicht durch eine Novelle zu erweiternden Gesetzes, das eigentlich nur für Inland-Beschuldigte bestimmt war und das übrigens eine Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes involviert, wird bezüglich der Auslieferungsgesetze fahenden Klagen gefordert. Der Verfolg

des angezogenen Gesetzes (schweben übrigens bereits bei der Reichsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen Kriegsverbrecher.

Im einzelnen läßt sich über die Verfolgung der auf der Auslieferungsgesetz stehenden Persönlichkeiten noch nichts sagen. Diese Liste ist, wie sie bereits vorliegt, im hohen Grade unzulänglich. Die Entente scheint ja denn auch in mehr subjektiver Weise ihre Anklagen unterbreiten zu wollen. Das Ermittlungsverfahren wird, um nur zweierlei herauszugreifen, bei der mehr als dürftigen Bezeichnung der Beschuldigten — falsche Namen bezw. überhaupt keine — und bei der Qualität des bisher veröffentlichten Beweismaterials (man denke an den Wert von Kriegsgefangenenausagen, an die Möglichkeit von Brief- und Tagebuchfälschungen, die Herbeiziehung ausländischer Zeugen) sich sehr schwierig gestalten.

Die Vernehmung von Zeugen in Strafsachen war ja vor dem Kriege durch die derzeit ab acta liegenden Staatsverträge vielfach garantiert. Allerdings blieben politische Prozesse davon ausgeschlossen. Trotz einer für den gegenwärtigen Zweck erfolgten Erweiterung des Personalbestandes der Reichsanwaltschaft kann viel Zeit zur Erledigung dieser recht umfangreichen Angelegenheit vergehen, aber man wird die einfach liegenden und klaren Fälle schnellstens zum Abschluß bringen und so aller Welt zeigen, daß die Reichsanwaltschaft mit strengster Loyalität ihre Aufgabe erfüllen wird.

### Rheinrepublik-Freunde im Zentrum.

Unter Wächung der in Weimar beschlossenen Sperrfrist bekennen sich immer wieder Zentrumskräfte als tüchtige Anhänger der Rheinrepublik. Die Zentrumskräfte des heftigen Landtages nahm folgende Entschädigung an:

„Die Sitzung der Zentrumskräfte des heftigen Landtages am 12. Februar, an der eingeladenen Parteifreunde aus den Kreisen Alzen, Bingen und Worms teilnahmen, stellt sich einmütig auf den Standpunkt der Ablehnung des großpreussischen Gehaltens und befürwortet die mit der Frage der Rheinrepublik zusammenhängende Idee einer Verständigung der am Rhein gelegenen Länder im Rahmen des Deutschen Reiches auf Grund der deutschen Verfassung. Sie geb den Parteifreunden das Vertrauen, daß sie nicht Vereinnahmungen unterliegen, die dem deutschen Reichsgedanken und damit auch der Partei abträglich sein könnten.“

Im übrigen verwies die Konferenz die weitere Erledigung der Rheinlandfrage vor den Landesauschuss der heftigen Zentrumspartei, wohin sie zuständigheitshalber gehört.

Eine halbige parteiamtliche Erklärung der heftigen Zentrumspartei, die wohl kaum anders als die der oberrheinischen Zentrumskräfte, und zwar gegen die Rheinbündlerpolitik ausfallen kann, ist bringen notwendig um Klarheit zu schaffen, inwiefern das Zentrum noch eine einheitliche Front gegen die Sonderbündler à la Dorten darstellt. Es gilt heute mehr denn je, offen Farbe zu bekennen.

### Spartakistische Arbeiterfreunde.

Der Hamburger Erwerbslosenrat ist aufgelöst, so lesen wir im „Hamburger Echo“. Neuwahlen, bei denen ein demokratisches Wahlverfahren gewährleistet ist, sind ausgeschrieben. Der Erwerbslosenrat, der zuletzt völlig kommunistisch orientiert war, hatte sich bald nach der Revolution gebildet und durch immer erneut veranstaltete Demonstrationen und Massenversammlungen es durchzusetzen verstanden, daß er behördlich anerkannt und finanziert wurde. Als das erreicht war, hörte auch jede fruchtbare Tätigkeit im Interesse der Arbeitslosen auf. Die Erwerbslosenrat gingen auf Propagandareisen, hielten Kongresse ab, und als sie schließlich wieder einmal in Aktion treten mußten, wußten sie nichts anderes zu tun, als trotz Belagerungszustandes eine Straßendemonstration zu veranstalten, bei der mit Rot Blutvergießen vertrieben wurde. Daß zudem auch andere erfolgreiche Tätigkeiten ausgeübt wurde, bewies eine Versammlung der Erwerbslosen im Januar, in der dem „Rot“ auch Unregelmäßigkeiten in der Kasse nachgewiesen wurden. Die immer stärker sich bemerkbar machende Opposition führte nun dazu, daß er völlig das Vertrauen der Erwerbslosen verlor, zumal er zu außer Acht ließ die unglückliche Rühmlichkeit besessen hatte, bei Senat um Befreiung von der Verpflichtung, Arbeit anzunehmen, einzuhaken! Eine öffentliche Versammlung machte der Existenz dieses notleidenden Rates ein Ende. Nunmehr ist zwischen Arbeitsamt, Arbeitererrat sowie der Erwerbslosen-Vertrauensleute der S. P. D. und U. S. P. eine Vereinbarung getroffen, wonach Neuwahlen sofort ausgeschrieben werden, bei denen die Befreiung sämtlicher Erwerbslosen und das Zustandekommen einer arbeitstüchtigen Interessenvertretung für diese gewährleistet ist.

### Die Entente gegen den Achtstundentag.

Nach dem „Lemps“ hat der französische Finanzminister Maréchal im Kammerauschuss erklärt, die deutsche Arbeiterkraft sabotiere die Kohlenlieferung an Frankreich. Die Entente sei deshalb auf Anraten Frankreichs bereit, darüber zu beraten, ob man nicht gegen die allgemeine Arbeitslosigkeit in Deutschland Zwangsmassnahmen ergreifen solle. Die sozialistische deutsche Regierung müsse für Aufhebung des Achtstundentages, der in dieser Zeit, und besonders in Deutschland, geradezu ein Verbrechen wäre, hafter gemacht werden. Es ist natürlich vollständiger Unsinn, zu behaupten, daß die deutsche Arbeiterkraft die Kohlenlieferungen an Frankreich sabotiere. Wie will man nun aus mehr Kohlen verfügen können, nachdem man uns bis auf das Hemd ausgezogen und den Brotkorb ganz hoch gehängt hat. In Wahrheit ist ja auch das ganze Gerede von einer Sabotage an den Kohlenlieferungen für Frankreich nur leeres Gerede. Das Entente-Kapitalisten ist der durch die Revolution erzwungene Achtstundentag in Deutschland ein Greuel, und so suchen sie als Sieger nach irgend einem Vorwand, um den Achtstundentag wieder aufzuheben und die deutsche Arbeiterkraft zu vermehrter Frohn im Joche der Entente anzuhaken.

### Der deutsch-englische Handel im Kriegsjahr.

München, 18. Febr. Wie der „Telegraph“ aus London meldet, betrug die englische Ausfuhr nach Deutschland im vergangenen Jahre 14 150 000 Pfund Sterling, die deutsche Ausfuhr nach England eine Million Pfund Sterling.

## Danziger Nachrichten.

### Unabhängiges Durcheinander.

Wir haben im allgemeinen wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als das hiesige völlig belanglose unabhängige Blättchen durchzusehen und den darin täglich verzapften Unsinn zu widerlegen. Wir sind der Meinung, daß die Danziger Arbeiterschaft, soweit sie noch den Unabhängigen nachläuft, schließlich erkennen wird, daß der Phrasenschwall der Mau und Genossen die Arbeiterschaft nur immer weiter ins Elend hineinführt. Wenn wir uns heute einmal ausnahmsweise mit dem „Freien Volk“ beschäftigen, so nur deshalb, um unseren Lesern wieder einmal den Grad der geistigen Verwirrung in der U. S. P. zu zeigen.

In der letzten Zeit hat sich das „Freie Volk“ sogar zur Belämpfung des Bolschewismus und zum Hüter des politischen Anstandes entwickelt. Auf ihrem letzten Parteitage sind die Unabhängigen bekanntlich mit fliegenden Fahnen nach Mostau übergegangen. Diesen Rutsch zum Bolschewismus haben auch diejenigen Unabhängigen mitgemacht, die noch vor einigen Monaten im Brustton der Ueberzeugung erklärten, daß sie Sozialdemokraten und keine Bolschewisten wären. Die Danziger Unabhängigen sind dem Bolschewismus so verfallen, daß selbst der Unabhängige Schröder die Politik des Herrn Mau als „Putz- und Intrigantentaktik“ und „Firtelanzerei“ erklärte. In Nr. 13 des „Freien Volkes“ kann man zur Abwechslung wieder einen Leitartikel lesen, der sich gegen den Bolschewismus erklart, wenigstens das auch dem Artikelschreiber beim Niederschreiben seines unlogischen Phrasenschwall, wohl wegen des neuen Terror-Programms der Danziger Unabhängigen, nicht klar geworden ist. Der Artikelschreiber steht die Haupttätigkeit der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten darin, daß sie das Volk vor dem Bolschewismus graulich machen wollen und schreibt dann:

„In Wirklichkeit treiben sie das Volk mit all diesem Entseflichen hinein.“

Dieses Entsefliche! Kein Sozialdemokrat, die bolschewistische Regierungsmethode besser kennend, als es hier geschieht. Und doch wollen dieselben Unabhängigen, daß das deutsche Volk dasselbe Schicksal erleiden soll, das sie eben als entseflich bezeichnet haben.

Gleich darauf aber begeistert sich derselbe Artikelschreiber für die „entseflichen“ Methoden des Bolschewismus. Er ergeht sich in einer schwülstigen Schilderung der „kapitalistischen Geißel“ und kommt dann zu folgendem Schluß:

„Deshalb sagen sich auch die Einsichtigen, die Diktatur des Proletariats muß und wird kommen, um das Volk wieder zur Gesundheit zu führen. Nur Einsichtige stemmen sich mit Entsetzen dagegen. Aus diesem Grunde versteht man auch die höhnischen Glossen der „Danziger Volksstimme“ über die Diktatur im Freistaat.“

Das ist alles was das „Freie Volk“ bisher auf unsere Ausführungen über die Aussicht einer Diktatur im Freistaat Danzig geantwortet hat. Eine sachliche und klare Diskussion über diese Frage ist den Leuten nicht möglich. Entweder ist ihr Verstand von dem revolutionären Phrasenschwall so umnebelt, daß sie nur das einmal gekerkelte Sprüchlein herfagen können, oder sie glauben selbst an diesen „Unsinn“ nicht, wie verschiedene Unabhängige ihr eigenes Programm bezeichneten, wagen aber nicht dagegen öffentlich aufzutreten.

In seinem Bericht über die unabhängige Versammlung im Café Derra wirft sich das „Freie Volk“ auch zum Hüter des politischen Anstandes auf. Die Kommunisten hatten in der Versammlung den Unabhängigen übel mitgespielt. Das

ist den Unabhängigen so sehr in die Glieder gefahren, daß das „Freie Volk“ entrüstet schreibt:

„Außerdem muß auch im politischen Kampf der Unstand gewahrt bleiben.“

Ausgerechnet als sie von ihren kommunistischen Brüdern einmal etwas unsonst angefaßt werden, bekennen sich die Unabhängigen darauf, daß politische Kämpfe mit Unstand geführt werden müssen. Alle gossanähnlichen Schimpfereien auf die Sozialdemokratie, alle Bespottungs- und Verleumdungen sozialdemokratischer, im Dienste der Arbeiterbewegung ergrauter Führer aber wurden als revolutionäre Heldentaten gepriesen. Es geht doch nichts über unabhängiges Pharisäertum!

## Auch Dir, Genosse

gilt die Mahnung:

Tue Deine Pflicht der Partei gegenüber und agitiere in Deinen Kollegenkreisen für die Gewinnung neuer Parteimitglieder und neuer Abonnenten für die „Danziger Volksstimme“.

Hatte man schon bei den Unabhängigen bisher nichts von dem mit einem Male so erforderlichen politischen Anstand bemerkt, so erst recht nichts von einer „zielbewußten und klaren Politik“, für die sich dann das „Freie Volk“ ins Zeug legt. Ueber den kommunistischen Redner Burgmer schreibt das unabhängige Blatt:

„Weniger sympathisch berührten die politisch nicht ernst zu nehmenden, wirtschaftlich von einer großen Unkenntnis zeugenden, mit Schlagworten reichlich gespickten Redensarten des Parteisekretärs der K. P. D. Burgmer. Wir möchten nur wünschen, daß auch dieser Genosse bald einsehen lerne, daß das Proletariat nicht durch Redensarten befreit werden kann, sondern durch Aufklärung und durch zielbewußte, klare Politik.“

Welche Partei hat mehr mit „Schlagworten“ und Redensarten gearbeitet als gerade die der Unabhängigen? Sie führen ständig einen Eiertanz zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten auf. Daß sie so nur ein feiges Gaukelspiel treiben, haben ihnen mehrfach die Kommunisten bescheinigt. Und selbst eine Anzahl unabhängiger Größen hat

erklärt, daß ihre Partei nur eine unfruchtbare Wendepolitik treibe. Wir möchten nur wünschen, daß auch die Danziger Unabhängigen einsehen lernen, daß das Proletariat nicht durch Redensarten befreit werden kann. Das würde aber voraussetzen, daß die Unabhängigen mit ihrer bisherigen Politik völlig brechen und Leute wie Mau dahin schicken, woher sie gekommen sind.

### Ein Märchen?

Einstmals, es ist schon sehr lange her, als es noch keine Erdmarten im Lande gab, waren daselbst viele Fürsten und Könige, welche ihrem Volke sagten, daß sie von Gottes Gnade seien. Und jedermann war untertan seinem König. Die Frommen im Lande schrien ihr Volk, daß alle Obrigkeit von Gott benedictet sei. Der Aerecht sei, solle Aerecht bleiben.

Und jedes Land hatte einen hohen Rat, den man Landtag nannte, wozu die Besten und Gelehrten des Landes bestellt wurden. Denn es war vorgeschrieben, daß jeder zu wählen habe zu seinem Landtag nach seinen irdischen Gütern. Wer der Güter viele habe, solle auch der Stimmen viele haben, daß alles wohl bemessen werde nach Recht und Billigkeit. Nun waren viele in dem Lande, die da meinten, die Könige wären überflüssig und es müßte das Recht gleich sein zwischen arm und reich. Es sollte keiner herrschen über den anderen. Wer nicht arbeite, solle auch nicht essen.

Zum hohen Rate des Volkes sollte jeder Mann und jede Frau das gleiche Anrecht bei der Wahl haben. Deren, die so dachten, waren viele, und sie waren eins.

Nun begab es sich, daß ein großer Krieg ausbrach, der Hunger, Tod und große Leiden über das Land brachte. Da die Bewohner sahen, daß die Könige und ihre Ratgeber nicht zu helfen vermochten, wählten sie einen Rat, zu dessen Wahl Männer und Frauen gleiches Recht hatten.

Aber die da eins waren vor dem Kriege einen solchen Rat zu haben, wurden uneins.

Erläute unter ihnen wollten einen Rat der arbeitenden Männer und Frauen, der da herrschen sollte über das ganze Volk. Sie nannten die, mit denen sie ehemals eins waren, Herrscher. Erläute glaubten auch, es sei gut, jegliche Arbeit einzustellen, damit die Wirtschaft der Begüterten des Landes zugrunde gehe und aus den Ertrümmern die Gemeinwirtschaft erlaube. Die Hunger, Tod und Entbehrung brachten sie über sich, ihre Kinder und das ganze Land. Erläute aber wollten die Könige widerhaben und freuten sich sehr, daß die anderen uneins waren und in Streit gerieten. Denn dadurch konnten sie wieder die Macht erlangen. Die anderen, die da uneins waren, bereiteten sich wieder.

Aber — es war ja so!

Nachahmen von Reichsbanknoten sind in letzter Zeit besonders mit geringfügigen Änderungen (sog. Wälten) zu stellen zu werden verbreitet worden. Trotz der vorhandenen Abweichungen gewinnen diese Wälten durch Fälschung, Inkassomittel, andere Fälschungen so erhebliche Bekanntheit mit dem hohen Notend, daß es in einer ganzen Reihe von Fällen bereits Betrugsvergelungen ist, sie zu Zahlungen zu verwenden. Es erzieht angebracht, das Publikum, insbesondere die gewerblichen Kreise darauf hinzuweisen, daß nach § 360 Nr. 6 Gl.-G.-B. die Inkassierung und Verbreitung von Wären-Empfehlungskarten, Anzeigendruckungen oder anderen Druckfachen oder Abbildungen, die in Form oder Bezugsrichtung dem Papiergelde ähnlich sind, strafbar ist. Vor Inkassierung, Verbreitung und gleichzeitiger auch vor Annahme abgenommener Wälten wird daher gewarnt.

Kauf von Silbergeld durch die Post. Silbergeld ist bekanntlich auch durch die Post angekauft und der Reichsbank zugunsten der Reichsbank mit allem Nachdruck gefördert werden. Nicht nur

## Der Schandfleck.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Anzengruber (Fortsetzung.)

Nun zeigte sich ganz nahe das erste Haus an der Straße, es trug ein Stachwerk, die Mauer hatte grauen, das Holzwerk braunen Anstrich und das Dach, das sich hoch darüber aufbaute, war mit Schiefer gedeckt. Hinter den zwei Wadenfernschreben, die nach vorn herausstehen, hingen weiße Vorhänge, ein Zeichen, daß unter dem Giebel jemand wohnte.

Das Wägelchen fuhr aber nicht an dem Hause vorbei, sondern lenkte, ehe es an dasselbe herankam, durch den großen Vorbogen, der daneben aufgemauert war.

Auf der einen Seite der Garten, der sich vom Wohnhause ab erstreckte, auf der andern die Reihe von Scheunen und Ställen gaben dem schmalen, langen Hofe das Ansehen eines kleinen, einseitigen Vorgartens.

Ein gut Stück radelte das Gefährt in den Hof, dann zog Giesel die Bügel an und klatschte mit der Peitsche.

„Water, der Ghnl.“ rief eine helle Stimme im Garten.

Und als sich alle vom Wagen geholt hatten, trat durch das Zaunpfortchen ein Mann in den Hof, dessen Hand ein kleines Mädchen umklammert hielt. „Grüß Gott, Schwiegerwater“, sagte er, „schön, daß mer dich wieder einmal sieht.“ Dann nickte er dem Ansichte auf dessen Gruß zu. „Grüß Gott, Giesel.“

„Grüß dich Gott, Großboden-Bauer“, sagte der Alte, indem er mit der Rechten die Hand des Schwiegerjahnnes schüttelte und mit der Linken das kleine Mädchen am Kinn faßte. „Wie geht es dir deam-Burgetl?“

„Danke schön, Ghnl.“ sagte das Kind.

Dasselbe stand in der Größe gegen viele seiner Altersgenossen zurück, dagegen waren, trotz der Zartheit der Gestalt, alle seine Formen entwickelt und nichts Etwiges an ihm zu sehen. Die Bleiche des Gesichtes, die selbst das Rot der Lippen und der Nasen des Stumpfnäsens absonderte, wurde durch die tief-schwarzen Augen und das wirre, krause, gleich dunkle Haar um so auffällender.

Auf den ersten Blick hin hatte die Kleine mit dem Narne, den sie an der Hand hielt, nicht die geringste Ähnlichkeit. Der Großboden-Bauer war groß und kräftig gebaut, er sah „staatsfroh“ aus, wie die Dörner meinten, deren manche den hübschen, wohlhabenden Witwer gar verjünglich ansah und sich ärgerte, daß sie das so unerblicklich tun konnte, da er keine erziehen mochte, indem er ihr mit

gleichem erwiderte. Die breiten Schultern des Mannes trugen einen Kopf, der für die Größe und Stärke der ganzen Gestalt fast etwas zu klein geraten erschien, aber nur der untere Teil des Gesichtes sah wie gedrückt, mit dem kleinen, runden Kinn und den hart aneinander gefasteten Lippen, die dem Munde den Ausdruck von Gleichgültigkeit gaben, wie man ihn an ganz kleinen Kindern findet, doch über der leicht gebogenen Nase zeigte sich, vom gelbblonden Haar umrahmt, eine breite Stirne, so klar und offen wie der Blick der großen, tiefblauen Augen unter derselben. Eben eine solche Stirne entwickelte sich bei dem Kinde, und wenn der Winter in das Land kommen wird, wo die Sonne nicht mehr die Wangen brennt, dann werden auch die des Vaters ihre Farbe verlieren.

Gleich nach der Begrüßung war der Bauer vom Hof auf der weiten Hand zum Brunnen geschritten, er wuschte Magdalena, die ohnehin stand zu sich. „Geh, Dirndl, magst mir schöpfen. Die Augen brennen mir von der Hitze und dem Staub.“

Magdalena trat hinzu und zog mit dem freien, rechten Arm — unter dem linken hielt sie ihr Bündel, — die Brunnenstange.

Der Alte hielt die hohle Hand unter das Koch, fährte sie träufelnd gegen die Augen und kühlte die Stirn; als er zurückkam, fragte ihn der Großboden-Bauer, der erst jetzt auf die freie Dürre aufmerksam geworden war: „Hast Keitgeschickheit gehabt?“

„Kuggenommen hab ich die Dür.“

„Was du sagst! Eine neue für deinen Hof!“

„Vielleicht für deinen“, sagte der Alte mit einem bedeutenden Blick nach dem Enkelkinde.

Der Großboden-Bauer nickte die Köpfe, sah dann schärfer hinüber nach dem Mädchen, das beim Brunnen stehen geblieben war, und murmelte: „Wird sich ja erproben.“

Burgetl ließ die Hand des Vaters fahren und ließ über den Hof zu Magdalena, die zu ärgern schien, ihr Bündel auf die Erde oder auf den Brunnenstrog zu legen. „Braucht es mit in Staub, noch in die Kasse zu legen“, sagte die Kleine, gib her, ich halte dir.“

„Danke schön“, lächelte Magdalena, streifte die Kermel bis über den Ellbogen zurück und griff nach der Brunnenstange.

Burgetl aber faßte sie am Arme. „Halt du deine Hände unter, Schöpfen werde ich schon.“

„Wär nit schlecht, wirst dich doch nit weinetwegen mischen.“

„Da haltest unter, ich schöpf“, wiederholte die Kleine mit jauchzender Stimme. „Wahrhaftig“, sagte Magdalena, in dem Arm, daß diese mit einem Kuffschrei lachend den Schöpfel fahnen ließ. Burgetl ergriff denselben und fuhr fort: „Schon einmal, müdest du

nicht auch, kann du den Fuß auf den Hof gesetzt hast, höchst gerne mit sein, wie sie hier alle sind! Geht es mit allzeit mir ins Gesicht, ich möchte mich mit mühen und hütetwegen schon gar nit, so mit sie dann hinterm Rücken sagen können, ich kam nit eignes und zum Helfen mit ich zu großem Glück! Ich nit zu, du hast dein Bündel wieder.“

Magdalena krochete sich die Hände an ihrer Schürze, stellte einen Fuß auf den Brunnenstrog, nahm das Bündel auf das Knie und streifte den Kermel über den linken Arm wieder zurück. „Hast du noch den noch entzündeten sehen. Was du für einen Krone hast“, sagte sie, „so rund und weiß und so sauber, schicklich, mit so braun oder so kräftig weiß.“ Sie zapfte an der eigenen Kermelstange.

„Und mit einem kleinen Knubben darauf von dir.“ lachte Magdalena, auf die gezeichnete Stelle weisend.

„Narritsch“, sagte Burgetl, „wirst doch nit böß sein wegen dem kleinen Fleck!“ Sie drückte ihre Lippen darauf. „Stimmt, man müßt ich da.“

„Na, du nit! Ich se gut“, rief Magdalena, von dem Knie gehend.

Burgetl zeigte hochauf die Linsen, warfen, wegen Jahre, dann ließ sie zu Vater und Großvater zurück. „Wie heißt denn die Ghnl?“ fragte sie.

„Denn heißt’s.“

„Die kommt auf deinen Hof!“

„Freitich, aber wenn du mich schon bist, so kapt ich sie dir als Kameradin da.“

„Bitten tu ich meinalls.“

„Du Bodkopf, du! Na, brauchst halt nit zu bitten, ist dir recht, so soll sie bei euch bleiben.“

„Es gilt schon, Ghnl.“ Das Mädchen faßte ihn mit ihren kurzen Armen um den Leib, dann rief sie: „Se, Ghnl, komm einmal her, sag dir was neues.“ Damit ließ sie ihr den halben Abg entgegen, ergriff sie an der Hand und sagte: „Weißt du, heißt bei uns und sollst mir eine Kameradin sein.“

Der Bauer vom Hof auf der weiten Hand hatte Magdalens den vom Großboden an, der die großen Augen geistig machte und jetzt als Magdalena grüßend herankam, freundlich nickte.

„Will ich ein recht brate Kameradin sein“, sagte Magd. und meinte es recht gut zu machen, daß sie dabei die Hand ein wenig wackelnd und den Kopf beugte, während sie so zu der kleinen sprach. (Fortsetzung folgt.)

die Postämter, sondern auch die Landbesteller sollen sich auf ihren Bestellungen an der Annahme der Münzen beteiligen. Möglichenfalls wird das Papiergeld nachher den Verkäufern gebracht. Die Postämter sollen die gesamte Beamtenchaft, die Bestellschreiben auch die zugehörigen Stellen über die Wichtigkeit der Maßnahme unterrichten und dahin wirken, daß die Möglichkeit, Silbergeld durch Vermittlung der Post zu verkaufen, im weitesten Umfang bekannt wird. Eine Vermittlungsgebühr von 10 Pfg. für jede Silbermark wird dem Beamten bewilligt, der zurzeit die Münze aus privater Hand empfängt und gegen Zahlung des Preises annimmt.

Die Jagd nach Bierflaschen. Nach Flaschen, und besonders nach den sog. Patent-Verschluß-Flaschen, wird heute Jagd gemacht. Das Pfandgeld, das dafür gezahlt wird, läßt man verfallen und behält lieber die Flaschen. Die Berliner Handelskammer hat dahin begutachtet: „Bei Ueberlassung von Flaschen seitens der Mineralwasseranstalten an ihre Abnehmer stellt nach kaufmännischer Auffassung das Pfand nur eine Sicherheit dar. Der Abnehmer ist nicht berechtigt, gegen Verfall des Pfandes die Flaschen zu behalten oder zu veräußern. Bei Nichtrückgabe der Flaschen durch den Abnehmer ist nicht der Aufschaffungspreis, sondern der jeweilige Marktpreis (2 Mark) zu ersetzen.“ Demnach bleiben die Flaschen stets Eigentum der liefernden Firmen und dürfen auch zu nichts anderem benutzt, noch verkauft werden.

## Aus dem deutschen Osten.

**Krankheit.** Die Firma J. Ledendorff hat nach vorausgegangener Aussprache mit dem Arbeiterausschuß des Betriebes dem gesamten Personal gekündigt und den Betrieb geschlossen. Als Grund für diese einschneidende Maßregel wird angegeben, daß Disziplinlosigkeit und Arbeitsverlust, namentlich unter den Arbeiterinnen, derartig im Fortschreiten haben, daß an ein wirtschaftliches Arbeiten nicht mehr zu denken war. Durch die Einstellung des Betriebes wird die zurzeit herrschende Jünderholzwirtschaft vergrößert.

## Aus Polen.

**Aus der Tischerauer Gegend.** Aus dem Lande in dem abgetretenen Gebiet sagt man sehr über die jetzigen Verhältnisse unter der polnischen Kreisverwaltung. Wie uns ein Landmann mitteilt, liegt auf dem Lande polnische Militär, das sehr zugreift, wenn es Lebensmittel findet. Die Männer bis zum 25. Lebensjahre werden zum Heeresdienste eingezogen. Ein Paß nach Danzig aber gilt nur für 14 Tage. Für einen verlängerten Paß muß man 25 Mark zahlen. Das Ausfuhrverbot wird streng durchgeführt. Einem Autofahrer wurden 6 Proze, die er bei sich hatte, bei der Grenzübersehung von einem Soldaten fortgenommen. Von einem anderen Herrn wurde mitgeteilt, daß der polnische Soldat auch einen Paß, der in Danzig ausgestellt wurde, nicht respektierte. Der Herr wollte mit einem Auto über die Grenze fahren. Der Grenzfeldwebel erklärte, er habe die Anweisung, solchen Waghals überhaupt nicht zu lassen. Das Auto mußte umkehren.

## Bewerkschaftliches.

### Steigende Einsicht im Metallarbeiterverbande.

Am 25. Januar fand in Stuttgart die Bezirkskonferenz des 9. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Württemberg, Baden, Pfalz) statt. Von 64 Verwaltungsstellen mit 167 471 Mitgliedern waren 63 Verwaltungsstellen mit 167 335 Mitgliedern durch 105 Delegierte vertreten. Vom Vorstand waren erschienen die Kollegen Brandes und Reichel. Die unabhängig-radikale Richtung wollte die vorgeschlagene Geschäftsordnung umändern, was mit übergroßer Mehrheit abgelehnt wurde. Die Wahlen zum erweiterten Beirat und zur erweiterten Bezirkskommission ergaben eine glatte Niederlage der Unabhängigen und Spartakisten. Für ihren Vorschlag stimmten 52 Delegierte mit 77 279 Stimmen, für die auf gewerkschaftlichem Boden stehende Richtung 72 Delegierte mit 90 106 Stimmen.

Das ausgezeichnete Referat von Bezirksleiter Borchhöfer über die Tätigkeit und die Aufgaben der Organisation wurde

## Kunst und Wissen.

### I. Festsetzung der Danziger Messe.

Es war gewiß ein schöner Gedanke, die große Serie der Messe-Festkonzerte mit Beethovens „Requiem“ einzuleiten, diesem hohen Ried der Freude, des Friedens und der Weltverbändigung, „Seid umschlungen Millionen...“ Dieses Sentimentalitäten der deutschen Kontinuität, in dem der Meister noch einmal wie in einer Zusammenfassung alles auspricht, was er gelebt und gelitten, alle seine gewaltigen weltlichen Revolutionen und Erklärungen, verlangt um die ganze unbedingte Liebe, Demut und Ehrfurcht. In die „Requiem“ geht man daher nicht wie in ein Konzert, sondern wie zu einer religiösen Feier von monumentaler Größe und Gewalt, und über das Werk noch Worte zu machen wäre überflüssig. Dennoch ist es für unsere Leser vielleicht besonders interessant, ein paar wenige Sätze von einem der Kaiser zu hören, der diese Dichtung in sich aufgenommen und zu eigen gemacht hat wie wenige: der germanische Kurt Eisner. Er sagt u. a.: Die „Requiem“ gehört dem letzten Jahrtausend von Beethovens Leben an, jener Zeit, da er wie in wührender Jähzorn mit dem Tode, den geheimnisvollen Kriegen seiner Seele, die Kämpfe des Geistes aus tief verankertem Schöpfergeist in einer von jedem äußeren Einfluß unberührten Ursprünglichkeit reif und reich zu finden suchte: Schöpfergeist, die man erleben, nie begreifen kann. Es wäre eine armselige Schmalmeiererei, die vier Sätze dieser Symphonie im einzelnen erkundeten, ihre musikalische Weisheit, ihre Beschönigung, Veredelung, Steigerung zu verfolgen. Man sollte sich mit der Macht der Erhabenheit, und man wird wenn auch nicht das erste Mal alles im Inneren verstehen, doch die Größe fühlen und im Hören groß werden... Als das Entsetzen zu fastungslosem Grauen sich hehert, und keine Entwarnung mehr möglich scheint, da ertönt in höchster Not die Menschenstimme als Erlöserin. Sie wehrt den dämonisch wütenden Instrumenten ab: Nicht diese Töne! Und wie aus der Ferne erklingt, ganz einfach in Melodie und Rhythmus, Schillers „Lied an die Freude“. Das Volklied wachst zum Völkerlied empor, Mächtig, wunderwunderschön schreien die Chöre aufwärts. Das Weltall hallt wider von dem Freudenrauschen der erlösten Menschheit. Die Hölleerlöserin und der Völkerfriede erreichen in Stürmen ihr Reich. Dieser Ruf der ganzen Welt... Nach dem Anhalten der geistigen Aufführung wurde ich daran denken, was Tolstoj in seiner Arzgeberzeit sagt: „Solche Sätze

wiederholen durch Zustimmung unterbrochen und mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auch der unabhängige Vorstandsvertreter (Brandes) konnte nur die von Borchhöfer in bezug auf gewerkschaftliche Lattit gemachten Ausführungen unterstreichen.

Gegen die Haltung der „Metallarbeiter-Zeitung“ wurde nachstehende Resolution eingebracht:

„Eine der mächtigsten Waffen der organisierten Arbeiterchaft in ihrem Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung ist ihre Presse. Sie soll vor allem dazu dienen, Aufklärung und Wissen zu verbreiten, die Arbeiterchaft über den Grad ihrer wirtschaftlichen Macht zu belehren und die Fragen des Wirtschaftslebens in leicht verständlicher Weise behandeln.“

Diesen Aufgaben wird die „Metallarbeiter-Zeitung“ nach der Neuweisung ihrer Redaktion in keiner Weise mehr gerecht. Trotz des Beschlusses des Berliner Verbandstages 1915, nach welchem das Verbandsorgan sich in den politischen Tagesstreit nicht einzumischen soll, bringt die „Metallarbeiter-Zeitung“ fast ausschließlich Artikel redaktioneller von Mitgliedern verlesen und die davon zeugen, tausenden von Mitgliedern verlesen und die davon zeugen, daß der Redaktion jedes Maß und Empfinden abgeht für die wirklich politische und wirtschaftliche Konstellation Deutschlands.

Die Konferenz protestiert deshalb aufs entschiedenste gegen die Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung“, da diese nur geeignet ist, die Schläferfäule und Kampffähigkeit der Organisation zu lähmen. Sie erwartet mit aller Bestimmtheit, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrem Inhalt in Einklang gebracht wird mit der Auffassung über die gewerkschaftlichen Grundlätze, die den Verband groß und stark gemacht haben und die weitergepflegt werden müssen, die aber nicht durch das Verbandsorgan abgeschwächt oder distrahert werden dürfen.

Sollten die Redakteure nicht fähig oder nach ihrer politischen Ueberzeugung nicht willens sein, die „Metallarbeiter-Zeitung“ nach gewerkschaftlichen Grundlätzen zu redigieren, so hat der Vorstand dafür zu sorgen, daß den Wünschen der Mitglieder Rechnung getragen und eine anderweitige Befehung der Redaktion vorgenommen wird.“

Die Delegierten der Minderheit eruchten in den beweglichen Tönen, daß die Resolution zurückgezogen werde, und auch der Vorstandsvertreter erklärte, daß er auf dem Standpunkt stehe, daß Vorstand und Zeitung in Gewerkschaftsfragen nur eine einheitliche Stellung einnehmen könnten und daß der Vorstand auch versuchen würde, in diesem Sinne auf die Redaktion einzuwirken. Es stimmten jedoch 70 Delegierte mit 87 340 Stimmen für und 43 Delegierte mit 77 665 Stimmen gegen die Resolution, zwei bei der Abstimmung fehlende Delegierte, die 1926 Stimmen zusammen veritaten, gaben nachträglich zu Protokoll, daß sie ebenfalls für die Resolution stimmten, sodaß 89 266 Stimmen für die Resolution in Frage kommen. Bezeichnend war, daß bei den Wahlen zum Beirat und zur Bezirkskommission die Anhänger der U. S. P. und R. P. D. alle Register zogen, um ebenfalls in der Kommission vertreten zu sein. „Die demokratischen Grundlätze“ dürften doch nicht mit Füßen getreten werden, es könnte ihnen doch auch entsprechend ihrem Stärkeverhältnis ein Sitz in der Kommission eingeräumt werden“ usw. Es waren dies die gleichen Leute, die in ihren Verwaltungsstellen bei der Wahl der Delegierten genau den umgekehrten Standpunkt einnahmen und rücksichtslos erklärten, daß, wenn sie die Mehrheit haben, von derselben auch Gebrauch machen und einer Minderheit, mag sie noch so groß sein, keinen Vertreter zugeföhren können. Die Konferenz nahm im allgemeinen, trotz der verschiedentlich zutage getretenen Gegensätze, einen harmonischen Verlauf.

## Aus aller Welt.

### Razzia im Berliner Scheinrevier.

Die Zustände in der Berliner Grenadierstraße, die einem geordneten großstädtischen Verkehrsleben Hohn sprechen und sich nach und nach zu einer wirtschaftlichen Gefahr auszuwachsen drohen, haben am Dienstag mittag der Sicherheits-

polizei abermals Veranlassung gegeben, eine durchgreifende Razzia und eingehende Haussuchung in der ganzen Straße vorzunehmen. Die Aufräumung wurde durch die Beamten der Sicherheitspolizei gemeinsam mit einer Anzahl Kriminalbeamten durchgeführt.

Ein genauer Operationsplan lag der Razzia zugrunde. Nachdem in unauffälliger Weise gegen 12 Uhr mittags Beamte in Zivil die einzelnen Kreuzungsgänge besetzt hatten, kam Punkt 12 Uhr Bewegung in die Massen der Händler und Schieber, die vorwiegend aus Polen und Rußland stammen. Mit dem Rufe: „Die Grünen kommen!“ wollte ein jeder entfliehen, aber alle Straßen- und Hauszugänge waren besetzt und ein Entkommen nicht möglich. Im Gauschritt nahen die Beamten aus der Alexanderkaserne herbei, sprengten die beiden Zugänge zur Grenadierstraße mit einem festen Kordon, und nun wurde von beiden Seiten aus gegen die Händlerflut gedrückt, die langsam durch die Hirtensstraße in den Hof der Alexanderkaserne abgedrückt wurde. Hand in Hand hiermit ging eine Haussuchung und das Zusammen-treiben aller verdächtigen Personen. Ohne Gewaltanwendung und ohne besonderen Widerstand verließ auch diese Räumung. In den verschiedensten Verstecken wurden Stoffballen, Goldmünzen und Silbergeld von erheblichem Werte aufgefunden und beschlagnahmt.

In der Alexanderstraße waren inzwischen über 400 Personen zusammengebracht worden, und es begann bald eine eingehende Selbstinspektion und Prüfung der Legitimationen. So mancher mußte seinen Goldbeutel zurücklassen und seine Profkartepäckchen abliefern. Zwanzig zu zwanzig wurde diese Durchsuchung durchgeführt, so daß geraume Zeit verließ, ehe die Schieber von den Harmlosen geschieden waren und die Entlassung erfolgen konnte. Die Razzia wurde von der Polizeiabteilung Friedrichshain mit 200 Beamten ausgeführt.

### Eine Bauernhochzeit.

Von einem Augenzeugen wird der „Frank. Tagespost“ berichtet: In einem Dorfe bei Daberg fand kürzlich eine Hochzeit statt, die einen denkwürdigen Beweis liefert von der grenzenlosen Gewissenlosigkeit ländlicher Kreise und ihrer verbrecherischen Gleichgültigkeit gegen die Not ihrer Mitmenschen. Um 50 Hochzeitsgäste zu bewirten, wurden geschachtet, eine Kuh mit 18 Zentnern, ein Kalb, zwei Schweine, alles mögliche Geflügel, auch Hasen und Rehe mußten dabei ihr Leben lassen. Von Samstag mittag bis Sonntag früh wurden ununterbrochen Rindern gebadet, im ganzen anderen halben Zentner und fingerdicke mit Zucker bestreut. Kuchen, Torten, Bregeln und anderes Gebäck aus feinstem Mehl standen bereit. Vier Fässer Bier und ein großes Faß Wein mußten helfen, die Rechten leucht zu halten, damit die Brautwärter besser rutschen, die auf Riesenplatten aufgetragen wurden. — So spotteten fromme katholische Bauern der Not ihrer Mitmenschen, und der Herr Pfarrer als Hochzeitsgast fand kein Wort des Tadelns ob solcher himmelscheuender Sünde.

### Büchermärkte.

Im Verlage Schuster & Co. in Berlin, der bereits eine Reihe sehr lehrreicher und dem zeitgenössischen Empfinden nahegebrachter Musiker-Biographien veröffentlichte, ist dieser Tage ein Buch erschienen, in dem Professor Carl Krebs unter dem Titel „Meister des Klaviers“ eine sehr interessante Uebersicht über die Dirigierkunst von den Anfängen bis zur Gegenwart gibt. Aus seinen reichen Erfahrungen schöpft Krebs und gibt mit hoher stilistischer Klarheit und Einfachheit eine seltene Charakteristik der großen Persönlichkeiten der verflochten und gegenwärtigen Zeit. Die Objektivität und bei aller Kürze doch das Wesentliche erfassende Art seiner Zeichnung sichern dem Werk eine Vorzugstellung. Als Beispiel gelte hier, wie er Pfitzner sieht: „Er hat nicht eigentlich die mitreißende Kraft des geborenen Dirigenten, aber durch sein Feuer, seinen Enthusiasmus, das billige Hingebensein erreicht er doch mit dem Orchester bedeutende Wirkungen. Seine Bewegungen sind heftig. Der ganze Körper arbeitet mit, und ein drängendes Temperament läßt ihn zu sehr schnellen Zeitmaßen, die jedoch niemals das durchaus Gefühls des Vortrages vermissen.“ Da das Buch sich in erster Linie an Musikfreunde wendet, ist es auch dem Laien zugänglich und wird allen Interessenten auf musikalischem Gebiet sicher einen hohen Genuß verschaffen. WILHELM DIEMANN.

darf man nur unter gewissen, bedeutsamen Umständen spielen oder dann, wenn eine dieser Musik ersprechende Tat vollbracht werden soll. Aber wenn man einen weder zu dem Orte passenden, noch der Zeit entsprechenden Einzug der Gewölbe hervorruft, der in nichts zum Vorzeichen kommt, — das kann nur verberlich wirken.“ Es sollen hier gewiß nicht die immensen Schwierigkeiten des Orchesters und der Verhältnisse verkannt werden, mit denen die Dirigenten zu kämpfen hatten, sollen Fleiß und Mühe des Dirigenten Dr. Hof sowie der mitwirkenden Chöre und des Orchesters rühmend hervorgehoben werden, aber von der „Requiem“ in dieser Form will ich lieber nicht sprechen. Also — ein andermal. Das für die Symphonie engagierte „Leute Quartett“ war trotz des Verzeichnisses unter „Kammerstränger“ kein Quartett für die „Requiem“. Die Musik ist was dagegen das der letzten Aufführung in Erinnerung mit Strohmann, Baysdorf, Paula Weindamm und Ulrike Goette.

Der der Symphonie spielte Hugo Saenil Beethovens Alevierkonzert in C-moll mit Orchester. Er hatte dabei das Wohlgeschick, an einem schwerlichen Flügel zu wirken und offenbar unter starken inneren Erregungen leidend, den Gedächtnislaben zu verlieren. Das gab ihm zeitweilig sehr peinliche Situationen. Im übrigen kann man sich denken, daß die Seiten passieren, und es wäre ganz gewiß keine Verminderung seiner Leistung gewesen, wenn sich der Solist tüchtig die Kosten hätte lassen, jenseit ein Pianist von hohen Qualitäten. A. von außerordentlichem poetischen Empfinden und grandiositätlich, das hat trotz alledem deutlich hervor und soll bemerkt sein. Die eingangs gelieferte Ouvertüre zu „Romeo und Julia“ kamte aus der Feder des heimischen Musikpädagogen Heintze. Das Opus mit melodischem Inhalt und einem tonlichen Fluß repräsentiert sich als solide Kammermeisterarbeit älteren Formats. — In denen, die nicht auf dem Programm verzeichnet waren, aber an den Zustandkommen des Konzertes viel Mühe und Arbeit aufzuwenden hatten, gehört auch der technische Leiter des Abends, Herr Baldow, dessen Verdienst nicht unerwähnt bleiben darf. W. O.

### Englisches Referat über die deutsche Filmkunst.

Eine der vielgelesenen englischen Tageszeitungen, „Daily Mirror“, die sich bisher hoch ihre Deutschfreundlichkeit ausgedehnt, brachte am 14. Januar 1920 einen mehrseitigen Artikel, der die Furcht der englischen Filmindustrie vor der deutschen Filmproduktion zurückweist, jedoch auch ein anerkennendes Lob über den Film „Madame Dubarry“ aus-

spricht. Nachstehend einige interessante Sätze aus dem betreffenden Artikel, der die Ueberschrift trägt: The German film-competition. (Die deutsche Film-Konkurrenz.) ... Die Regieführung großer Volksmengen in „Madame Dubarry“, einem deutschen Film, von im Geseht aufeinanderstehenden Soldaten, von dramatischen Situationen, welche ohne Titel ein spannendes Drama vor Augen führen, alle diese Dinge zusammen zeigen ein Werk, welches weit über den Durchschnitt ragt und sicherlich weit besser als die Mehrheit englischer Filme (wörtlich: and assuredly by much better as the majority of english films) und damit auch den amerikanischen Produktionen gleichzustellen ist. ... Infolge der vorzüglichen Arbeitsleistung waren wir ursprünglich der Meinung, daß ganz besondere Anstrengungen seitens der deutschen Fabrikanten während der letzten Monate gemacht worden sind, um einen solchen Film herzustellen; weitere Nachforschungen ergaben aber, daß diese Film tatsächlich während der letzten Kriegsmomente hergestellt worden ist und die letzten Szenen kurz vor dem Waffenstillstand gemacht worden sind (usw.) alle diese Punkte sollten dem englischen Fabrikanten eine Lehre sein. ... diese Tatsache zu ignorieren, hieße, den Filmwettbewerb an Deutschland zu über-liefern.“

Die politischen Testamente Friedrichs II. werden in den Sitzungsberichten der Berliner Akademie der Wissenschaften vollständig veröffentlicht werden. Diese Dokumente aus den Jahren 1763 und 1768 waren bisher nicht in ihrem vollen Umfang veröffentlicht worden, weil die zuständigen Behörden Bedenken dagegen heizten. Nachdem diese Bedenken infolge der durch den Krieg eingetretenen Veränderungen in den Weltverhältnissen nunmehr aufgegeben sind, steht der Veröffentlichung nichts mehr im Wege.

## Humor und Satire.

**Wiederholliches.** Eine Dame verlangt an der Theaterkasse zwei Partekplätze zu „Schles Wetterstein“. — „Ist ausverkauft.“ sagt die Kassiererin, „aber für „Rusil“ sind noch einige Karten da!“ — „Nein, ich danke!“ Entgegnete die Dame, „wenn wir Rusil wollen, gehen wir ins Opernhaus!“

**Krauzig.** „Sie haben wohl Ihren Herrn Vater niemals kennen gelernt?“ — „Nein, als ich geboren wurde, war er schon zwei Jahre tot.“



# Öffentliche Bekanntmachungen.

## Öffentliche Bekanntmachung.

### Steuerveranlagung für das Steuerjahr 1920.

Auf Grund des § 25 des preuß. Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 19. Juni 1908 werden hiermit alle diejenigen Steuerpflichtigen

- a) die für das Steuerjahr 1920 ein Einkommen von mehr als 6000 Mk. zu versteuern haben,
- b) alle für das Steuerjahr 1919 bereits nach einem Einkommen von mehr als 6000 Mk. Veranlagten, ohne Rücksicht auf ihr jetziges Einkommen

aufgefordert, die Steuererklärung über ihr Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit

vom 1. bis 15. März 1920

dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Das Formular zur Steuererklärung wird bis zum 1. März d. J. durch die Post versandt werden. Soweit die zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten bis dahin kein Formular erhalten haben, haben sie ein solches anzufordern und zwar

Personen aus dem Stadtkreis Danzig Pfefferhaldt 33/35, Mittelgebäude, aus den übrigen Kreisen, Danzig, St. Elisabethwall 9, 3 Treppen.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Abenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten entgegengenommen:

für Danzig-Stadt, Pfefferhaldt 33/35, Mittelgebäude, an den Werktagen von 10-12 Uhr vormittags,

für die Kreise Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großer Werder, St. Elisabethwall 9, 3 Treppen, an den Werktagen von 10-12 Uhr vormittags.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, ist gemäß § 54 des Einkommensteuergesetzes mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. zu bestrafen; auch hat er einen Zuschlag von 5% zu derselben zu entrichten.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder willkürliche Verschönerung von Einkommen in der Steuererklärung sind im § 72 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes wird von Mitgliedern einer im Freistaat Danzig steuerpflichtigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung derjenige Teil der auf sie veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben, welcher auf Gewinnanteile der Gesellschaft mit beschränkter Haftung entfällt. Diese Vorschrift findet aber nur auf solche Steuerpflichtige Anwendung, welche eine Steuererklärung abgegeben und in dieser den von ihnen empfangenen Geschäftsgewinn besonders bezeichnet haben. Daher müssen alle Steuerpflichtigen, welche eine Berücksichtigung a. a. D. erwarten, mögen sie im Kalenderjahr 1919 ein Einkommen von mehr als 6000 Mk. gehabt haben oder nicht, binnen der oben bezeichneten Frist eine nähere Bezeichnung des empfangenen Geschäftsgewinns der Gesellschaft mit beschränkter Haftung enthaltende Steuererklärung einreichen.

Nichtpflichtige Personen (Küchengehilfen, Kommanditgesellschaften auf Aktien pp., sowie diejenigen eingetragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht und Vereine einschl. eingetragener Genossenschaften zum gemeinsamen Erwerb von lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Ablos im kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder nicht hinausgeht) haben zugleich mit der Steuererklärung schriftlich den Geschäftsbericht und Jahresabschluss des letzten Geschäftsjahres sowie die darauf bezüglichen Beschlüsse der Generalversammlung mitzulegen.

Auf Gesellschaften mit beschränkter Haftung erstreckt sich diese Verpflichtung indessen nur insoweit, als diese zur Veröffentlichung ihrer Bilanz verpflichtet sind (Bankgesellschaften usw.).

Steuerpflichtige, welche gem. § 26 des preuß. Ergänzungsteuergesetzes in der Fassung vom 19. Juni 1906 von dem Rechte der Vermögensanzeige Gebrauch machen wollen, haben dieselbe gleichzeitig in der oben angegebenen Frist und den oben bezeichneten Geschäftsstellen zu Protokoll zu geben.

Auf die Berücksichtigung später gemachter Angaben bei der Veranlagung zur Ergänzungsteuer kann nicht gerechnet werden.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige tatsächliche Angaben über das Vermögen sind im § 44 des Ergänzungsteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Für Personen, die eine Besitzsteuererklärung abgeben müssen, erübrigt sich eine besondere Vermögensanzeige. Wegen Einreichung der Besitzsteuererklärung ergeht gleichzeitig besondere Bekanntmachung.

Danzig, den 18. Februar 1920.

Der Vorsitzende des Staatssteueramts der Kreise Danzig-Stadt, Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großer Werder.

# Öffentliche Bekanntmachung.

## Veranlagung der Besitzsteuer.

Auf Grund des § 52 Absatz 1 des Besitzsteuergesetzes werden hiermit

alle Personen mit einem steuerbaren Vermögen von 20000 Mk. und darüber, welche noch nicht zur Besitzsteuer veranlagt sind, sowie alle Personen, deren Vermögen sich seit der letzten Veranlagung zur Besitzsteuer um mehr als 10000 Mk. erhöht hat

im Veranlagungsbezirk aufgefordert, die Besitzsteuererklärung nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 1. bis 15. März 1920 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind. Der für die Ansetzung der Wertpapiere maßgebende Kurswert (Steuerkurs) wird bis zum 1. März d. J. noch veröffentlicht werden.

Andere als die oben bezeichneten Personen sind zu der freiwilligen Abgabe einer Besitzsteuererklärung berechtigt. Von dieser Befugnis Gebrauch zu machen, liegt im dringendsten Interesse der Beteiligten, um irrtümliche Veranlagungen seitens der Veranlagungsbehörde auszuschließen.

Die oben bezeichneten Personen sind zur Abgabe der Besitzsteuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist. Auf Verlangen wird jedem Pflichtigen das vorgeschriebene Formular vom 1. März d. J. ab in dem unten bezeichneten Amtslokal des Unterzeichneten kostenlos verabfolgt.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Abenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten zu Protokoll entgegengenommen:

Für Danzig-Stadt Pfefferhaldt 33/35 Mittelgebäude an den Werktagen von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Für die Kreise Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großer Werder St. Elisabethwall 9 III Treppen an den Werktagen von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, ist gemäß § 54 des Besitzsteuergesetzes mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. zu bestrafen; auch hat er einen Zuschlag von 5 bis 10% der geschuldeten Steuer zu entrichten.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben in der Besitzsteuererklärung sind in den §§ 76, 77 des Besitzsteuergesetzes mit Geldstrafen und gegebenenfalls mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bedroht.

Danzig, den 18. Februar 1920.

Der Vorsitzende des Staatssteueramts der Kreise Danzig-Stadt, Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großer Werder.

## Neu aufgerufen werden folgende Petroleummarken:

Marke 7 der Petroleumkarte A zur Belieferung mit 2 Liter Petroleum,

Marke 7 der Petroleumkarte B zur Belieferung mit 2 Liter Petroleum,

Marke 7 der Petroleumkarte C zur Belieferung mit 1 Liter Petroleum.

Die bereits aufgerufenen und noch nicht belieferten Petroleummarken, sowie die Petroleumzuschlagsmarken sind in erster Linie zu beliefern.

Händler, die gegenwärtig keinen Petroleumbestand haben, erhalten Zutritt in den nächsten Tagen.

Erneut wird zum Petroleumhandel zugelassen: der Händler Steinberg, Reichelsmünde, Festungsstraße 7.

Danzig, den 18. Februar 1920.

Der Magistrat.



Kaffee Konleiko  
Brett  
und Bar

GROSSE ALLEE 10

Ständig jede Vorstellung ausverkauft

Glänzendes Programm:

Harry Lamborg - Paulson - Lucie Berber  
Max Pöllni - Trude Kurys - Gerda Arnhoff - Pöllni und Partnerin - Grete und Gerdt Ollendorf - Daniela Mayo

Nur Künstler, deren Namen das Renommee jed. Weltstadtbühne zieren!

(507)

## Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Sonntag, den 22. Februar 1920, abends 8 Uhr  
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

### Populäres Konzert (Walzerabend).

Hierauf:  
**Tanzbilder.**  
Gewöhnliche Preise.  
Vorverkauf ab Freitag an der Theaterkasse.



Ab Heute!  
**„MAZEPPA“**  
der Volksheld  
der Ukraine!  
Große Tragödie in 5 Akten mit  
Werner Kraus.  
**Der Gezeichnete!**  
Drama in 4 Akten. (568)  
Verlängerte Spielzeit.

Sieben erschienen!  
Ein wertvolles Zeildokument:  
**Dr. Alfred Werner**  
**„Bunte Bilder“.**  
Verlag Schwital & Rohrbeck, Danzig.  
In allen Buchhandlungen erhältlich.  
Preis Mk. 5.- zuzügl. Teuerungszuschlag.



Lichtspiele  
am Hauptbahnhof.

Täglich  
Fortsetzung des Riesens.  
Mia-May-Film-Cyklus

Die Herrin der Welt  
VI. Teil  
Die Frau mit  
den Milliarden.

Hauptrolle Mia May.  
Das imposante Riesens.  
filmwerk steigert sich  
von Akt zu Akt. Der  
größte Film der Welt  
nähert sich mit un-  
geheurer Spannung  
seinem Ende.  
Während der Danziger  
Messe täglich ununter-  
brochen Vorstellungen  
von nachmittags 3 Uhr  
bis 11 Uhr abends.  
Vorverkauf vormittags  
von 10-12 Uhr und ab  
2 Uhr nachmittags.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Danzig. Büro 4. Damm Nr. 7.

Am Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr,  
im Lokal Steppuhn, Schöblitz

### Versammlung

aller organisierten Holzarbeiter der Privatbetriebe.

Tagesordnung:  
Stellungnahme zu dem Verhalten des Arbeitgeber-  
Zusammenbandes, Bezirksverband Danzig.  
Kollegen in dieser Versammlung darf auch nicht  
ein organisierter Holzarbeiter fehlen. Mitglieds-  
buch legitimiert. (570)

Deutscher Holzarbeiter-Verband.  
Zentralverband Christl. Holzarbeiter Deutschlands.  
Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands.  
J. U.: Frig Spill, Vorf. der Lohnkommission.

## Neuerscheinung NEUE SAAT

Gedichte von Karl Klaeber.  
Preis Mk. 1.50

Ein Arbeiter, der mit uns denkt und fühlt,  
ein Arbeiterdichter tritt mit diesem Werkchen  
vor die breite Öffentlichkeit. Kein Verse-  
macher, sondern ein Dichter, der die innere  
Bewegung in sich fühlt. Das Bächlein ist  
durchweht von glühender Liebe zur Freiheit.  
Es ist so recht geeignet uns zu lehren und  
zu stärken im Kampfe der Arbeit mit dem  
Kapital, es ruft zur Einigkeit aller Schaffenden.

Buchhandlung „Volksstimme“  
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

## Ein Hausbuch für die Arbeiterschaft

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält  
ein zerlegbares Modell des menschlichen Körpers  
und viele Illustrationen.  
Preis 8.- Mk.

Buchhandlung Volksstimme,  
Am Spandhaus 6.

**Depolein**  
Lecithin - Eisen - Erweiß  
in Tablettenform.  
Hervorragendes Nähr- u.  
Kräftigungsmittel  
Aerztlich empfohlen  
Allein echt in Kartons  
à 6,00 Mk. (214)  
Adler-Apothek  
Tel. 1794 Ohra Tel. 1794

**Selbstgekochten  
Schnupftabak**  
In Qualität  
offiziert

**J. Kostuchowski,**  
Danzig-Schöblitz,  
Kathäuser Straße 113  
Telephon 2747. (565)

**Wärmemaschinen**  
reparaturen rasch u. billig  
Bernstein & Comp.  
Langgasse 59. (5249)

Scharfer Hofhund, 1 P.  
gut erh. Pferdegeschirre,  
2 P. Pferdestränge, pass.  
für Droshkenträger zu  
verk. Baumgartweg. 56,  
3 Tr. Raemerer. (569)

Al. Wohnung v. 2 Zimmern  
zu mieten gesucht. Off. u.  
B 8 a d Erped. d. Ztg. (566)

**Volksfürsorge**  
Bewirtschaftungs-Gesellschaft  
Lichtgeleitstraße  
Günstige Tarife für  
Erwachsene und Kinder.  
Kein Polizeiverfall.  
- Sterbekasse. -  
Ankunft in den Bureaus  
der Arbeiterorganisationen  
und von der  
Rechnungsstelle 16 Danzig  
Bruno Schmidt,  
Wattenbuden 25.

## Anfertigung sämtlicher DRUCKSACHEN

in geschmackvoller und  
sachlicher Ausgestaltung

Kataloge - Broschüren  
Zettelblätter - Bücher

**Massenaufgaben**  
in kürzester Zeit  
zu billigen Preisen

**Buchhandlung**  
Sozialistische Literatur  
in größter Auswahl

# Danziger Volksstimme

Fernsprecher 2294 Am Spandhaus 6 Fernsprecher 720